

BBB: Finanzieller Kollaps droht

(Bruchköbel/pm/jgd) - „Der zweite von Bürgermeister Maibach zu verantwortende Haushalt führt die Stadt Bruchköbel in eine schwere finanzielle Krise“, so vermutet BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz in einer aktuellen Pressemitteilung. Die vollmundigen Versprechen der letzten beiden Jahre lösten sich in Luft auf. Anstatt einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, steige das Defizit 2010 auf fast 9 Millionen Euro. Dies bedeute fast eine Verdoppelung des bereits bedenklichen Fehlbetrages des laufenden Jahres und ein Minus auf Rekordniveau. Hierbei betont der BBB, dass es sich bei dem Defizit um ein Leben von der Substanz handele und nicht etwa um Investitionen,

denen dann bleibende Werte gegenüberstünden. Gleichzeitig steige auch die Gesamtverschuldung deutlich an und die Kassenkredite, also die Überziehungskredite, sollten von zehn auf 17 Millionen Euro erhöht werden. Dies lasse den Schluss zu, dass die Stadt faktisch zahlungsunfähig sei. Die Haushaltsplanung des Bürgermeisters sei weder verantwortlich noch für die Stadtverordnetenversammlung zustimmungs- oder für die Kommunalaufsicht genehmigungsfähig. „Es war“, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold, „eine dunkle Stunde in der Geschichte der Stadtverordnetenversammlung, als am 8. September Bürgermeister Maibach be-

reits nach eineinhalb Jahren Amtszeit seinen haushaltspolitischen Offenbarungseid leistete“. Für 2009 bleibe es demnach bei fünf Millionen Euro Defizit im laufenden Geschäft. Noch vor wenigen Wochen habe er in der Stadtverordnetenversammlung auf eine Anfrage des BBB hin keck behauptet, dass auch das Jahr 2009 mit einer „schwarzen Null“ abgeschlossen werden könnte. Bruchköbel befinde sich im freien Fall in die Schuldenfalle. Bürgermeister Maibach als verantwortlicher Finanzdezernent habe dem nichts entgegen zu setzen. Vielmehr erklärte er, jetzt müsse Ursachenforschung betrieben werden, und beauftragt ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen,

ein Gutachten zu erstellen. „Diese Gutachterkosten sind zum Fenster hinausgeworfenes Geld“, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Die Stadt gebe mehr Geld aus, als sie einnehme. Für diese Erkenntnis benötige man kein Gutachten. Man benötige aber den politischen Willen, etwas dagegen zu tun. Projekte, die für Stadt und Bürger überhaupt nicht existenziell wichtig seien, seien auf den Prüfstand zu stellen. Im Gegenteil aber habe Maibach seinem Haushaltsentwurf die Schaffung von elfeinhalb neuen Stellen zugrundegelegt, obwohl er wisse, dass dafür kein Geld da sei. Wer so haushalten wolle, steuere als Unternehmer unweigerlich in den Bankrott.